

Fraktionsantrag

Antrag: Informationskampagne Wohngeld

<i>Einreicher:</i> Herr Küttner, Normen <i>Unterstützer:</i> Normen Küttner Till Seiler	<i>Eingereicht am:</i> 14.10.2022
---	--------------------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	Ö / N
-----------------------	-------

Beschlussvorschlag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich eine Informationskampagne zum Thema Wohngeld auf den Weg zu bringen mit der Zielsetzung, Personen über entsprechende Leistungsansprüche aufzuklären. In der aktuellen Krisenphase ist es besonders wichtig, dass Sozialleistungen von der Zielgruppe auch in Anspruch genommen werden. Es muss aus unserer Sicht darauf geachtet werden, dass diese Zielgruppe in möglichst einfach verständlicher Weise angesprochen wird.

Zu prüfen wäre in diesem Zusammenhang auch, inwiefern nicht bekannte Ansprüche bezüglich ALG II bzw. Bürgergeld bestehen, so dass dieser Aspekt ggf. einzubeziehen wäre. Des Weiteren soll die Gruppe der Studierenden in den Blick genommen werden. Nach unserer Kenntnis ist bisher nicht vorgesehen, erforderliche Erhöhungen der Leistungen nach BAföG im Zusammenhang mit der aktuellen Krise vorzunehmen.

Wir beantragen, dass diese Thematik bei der Gemeinderatssitzung im Oktober 2022 als eigener Tagesordnungspunkt behandelt wird.

Sachverhalt

Begründung:

Aufgrund der extremen Steigerungen bei den Heizkosten sollen die Empfänger*innen von Wohngeld durch Heizkostenzuschüsse finanziell entlastet werden. Darüber hinaus plant die Bundesregierung zum 01.01.2023 eine umfangreiche Wohngeldreform.

Der Wirtschaftsjournalist und Chefredakteur der gemeinnützigen Finanztip-Stiftung Hermann-Josef Tenhagen hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass über 50 % der anspruchsberechtigten Menschen in Deutschland keinen Antrag stellen, obwohl der Rechtsanspruch eindeutig ist. Aktuell sind das über eine Millionen Personen in Deutschland.

Die von uns angeregte Informationskampagne könnte etwa das Amtsblatt sowie die Social-Media-Kanäle der Stadt einbeziehen. Eine Information der Mieter*innen der WOBAK sollte ebenfalls in geeigneter Weise erfolgen.

Die nächste reguläre Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Konstanz ist für Ende November 2022 geplant, also mitten in der kritischen Heizperiode und somit für eine Beratung aus unserer Sicht zu spät.

Anlage/n

Keine